

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Besitzer und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: A. Woffe, Gaalenstein & Bogler, G. L. Daube,
Invalidentend. Berlin: Bernh. Arndt, Max Gerstmann,
Eberfeld W. Thienes, Greifswald G. Jiltes, Halle a. S.
Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner,
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Geim. Giesler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Gesekentwurf betr. die Handelskammern.

Der in der Thronrede angekündigte Entwurf eines Gesetzes über die Handelskammern, der namentlich dem Kaufe der Abgeordneten zugegangen ist und samt seiner Begründung in einem der nächsten Hefen des „Neichs- und Staatsanzeigers“ veröffentlicht werden wird, verfolgt den Zweck, obligatorische, das ganze Staatsgebiet überspannende Handelskammern zu schaffen, denen bei gesteigerter Leistungsfähigkeit auch vermehrte Aufgaben zufallen sollen. Die Errichtung und Bezirksbegrenzung der neuen Handelskammern soll durch den Handelsminister erfolgen. Dabei werden Handelskammern, die bereits nach ihrem gegenwärtigen Bestande für leistungsfähig gehalten werden können, aufrecht erhalten werden, während solche Handelskammern, die weder leistungsfähig sind noch durch Angliederung benachbarter Gebiets-theile leistungsfähig gemacht werden können, vollständig zu bestehen aufhören sollen. Doch wird ihnen ein Anspruch darauf gewährt, in der Kammer, der ihr Bezirk zugewiesen wird, einen örtlichen Ausschuss zu bilden, mit der Berechtigung, Einrichtungen der früheren Kammer fortzuführen und zu dem Zwecke innerhalb gesetzlicher Schranken Beiträge zu erheben. Die freiwillige Mitgliedschaft der Kaufmannschaften in den Handelskammern soll durch besondere Verhältnisse gerechtfertigt sein.

Das Handwerk bleibt wie bisher von der Handelskammer ausgeschlossen. Wahrrecht und Beitragspflicht ist von der Eintragung als Firmeninhaber ins Handelsregister (Genossenschafts-) Register und von der Veranlagung zur Gewerbesteuer, bei Bergwerksbetrieben nur von der letzteren Voraussetzung abhängig. Die Bestimmung des Wahlstimmens überläßt der Gewerkschaft die einzelnen Handelskammern, vorbehaltlich der staatlichen Genehmigung der zu diesem Zwecke zu treffenden statutarischen Bestimmungen. Nur subsidiär steht das Gesetz die Errichtung von zwei Wahlabteilungen vor, deren jede die Hälfte der Mitglieder zu wählen hat. Die Zuständigkeit der Handelskammern wird dahin erweitert, daß sie sich über Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung zu äußern haben, welche die allgemeinen Interessen von Handel und Gewerbe oder die besonderen Interessen der Handel- und Gewerbetreibenden der beteiligten Bezirke betreffen. Sie sind befugt, Anstalten, Anlagen und Einrichtungen, welche die Förderung von Handel und Gewerbe, sowie die technische, geschäftliche und sittliche Ausbildung der darin beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge bezwecken, zu begründen, zu unterstützen und zu unterstützen. Neben ihren bisherigen Verwaltungsaufgaben wird ihnen weiter die Befugnis verliehen, Gewerbetreibende der im § 36 der Reichs-Gewerbe-Ordnung bezeichneten Art öffentlich anzupfehlen und zu verurteilen, sowie Erhebungen auf dem Gebiete der Handels- und Gewerbetätigkeit zu veranstalten. Den Handelskammern werden, gleich den Landwirtschaftskammern, die Rechte juristischer Persönlichkeit verliehen.

Im Einzelnen trifft dann der Entwurf noch Bestimmungen über die Aufstellung des Etats der Handelskammern, die Erhebung der Beiträge, die Einsprüche gegen die Heranziehung zu solchen, und über die staatliche Aufsicht über die Handelskammern.

Duelle.

Im Duell erschossen wurde am Donnerstag Morgen im Walde bei Potsdam der Rechtsanwalt Ernst Zentler von dort. Wir erfahren aus zuverlässiger Quelle über die Veranlassung und den Hergang des Duells folgende Einzelheiten. Zentler war vor etwa vier Jahren nach Potsdam gekommen und hatte dort die Praxis des jetzt verstorbenen Justizraths Stöpel übernommen. Er stand im Alter von 35 Jahren und war sowohl als Mensch wie als Rechtsanwalt sehr beliebt. Mit einer vom Niederkiefern gebürtigen Dame war er mehrere Jahre in glücklicher Ehe verheiratet, und es sind dieser Ehe zwei Kinder, ein Knabe und ein Mädchen, entsprossen. Dies Verhältnis erfuhr vor einiger Zeit eine Trübung durch die Bekanntschaft, die Frau Rechtsanwalts Zentler im Seebade Labß mit dem Lieutenant z. S. von Kettelhohn von S. M. S. „Hofenzollern“, zur Zeit in Kiel, machte. Rechtsanwalt Zentler beschuldigte von Kettelhohn unzulässiger Beziehungen zu seiner Frau, und diese vertiefte vor etwa dreiviertel Jahren Potsdam, um in Detmold Wohnung zu nehmen, wo sie auch jetzt noch mit den beiden Kindern weilt. Zentler leitete gegen seine Gattin die Ehegerichtsverfahren ein, die noch in der Schwebe ist. Er glaubte inzwischen vollständige Beweise dafür erhalten zu haben, daß Lieutenant von Kettelhohn mit seiner Frau sträflichen Umgang gehabt habe, während ihm dieser ehrenwörtlich die Sache in Abrede stellte. Nunmehr ließ Rechtsanwalt Zentler, der Premierlieutenant im 11. Landwehrregiment ist, dem Lieutenant von Kettelhohn eine Forderung auf Waisolen schicken. Das Duell hat in der Nähe der Jägerhiesstänbe bei Tiefels Grund stattgefunden. Lieutenant von Kettelhohn war dazu von Kiel nach Potsdam gekommen in Begleitung mehrerer Marineoffiziere, die zum Theil als Sekundanten fungierten. Rechtsanwalt Zentler, der Uniform angelegt hatte, hatte den Lieutenant von Tiefels als Sekundanten zum Sekundanten. Als Arzt war der Bruder des Rechtsanwalts Zentler bei dem Duell zugegen. Bestimmung des Duells war Stugelwechsel bis zur Kampfunfähigkeit des einen oder des andern. Bei dem vierten Stugelwechsel erhielt Rechtsanwalt Zentler von seinem Gegner einen Schuß in die Lunge, der ihn sofort tödtete. Er hatte vorher ohne jede Bewegung dagestanden und starb in den Armen seines Bruders. Die Leiche wurde später mittels Wagens nach der Leichenhalle des städtischen Friedhofs in Potsdam gebracht. Lieutenant von Kettelhohn fuhr nach Berlin zurück und stellte sich seiner vorgesetzten Dienstbehörde. Der Tod Zentlers findet in Potsdam allgemeine Theilnahme.

Hierzu schreibt die „Voss. Ztg.“: „Das neue Opfer des Duellwesens stellt die Öffentlichkeit wieder vor die Frage, ob denn wirklich keine ernstliche Abhilfe gegen dieses Unwesen zu finden ist. Jeder Zweikampf birgt eine bewußte Rechtsverletzung in sich. Es sollte daher die Strafe für die bewußte Uebertretung des Gesetzes in einem angemessenen Verhältnis zur Schuld stehen. Aber die Bestimmungen des Strafgesetzbuches über den Zweikampf sind so unklar, daß sie eine „Strafe“ kaum enthalten. Man merkt ihnen an, daß der Gesetzgeber sich bei ihrer Formulierung von Anschauungen leiten ließ, die nicht das im Volke lebende Rechtsbewußtsein, sondern nur die Ansichten einer kleinen, aber mächtigen Minderheit berücksichtigen. In seiner Abhandlung „Der Kampf ums Recht“ sagt Rudolf v. Jhering: „Der Grad der Energie, mit dem das Rechtsgefühl gegen eine Rechtsverletzung reagiert, ist in meinen Augen ein sicherer Maßstab für den Stärkegrad, in dem ein Individuum, Stand oder Volk die Bedeutung des Rechts, obwohl des Rechts überhaupt als eines einzelnen Inbegriffs, für sich und seine speziellen Lebenszwecke empfindet.“ Nunmer, wenn ein Zweikampf mit tödtlichem Ausgange stattgefunden hat, hat die breite Masse des Volkes sich energisch gegen die dadurch bewiesene Nichtachtung des Rechtes empört. Aber der Reichstag ist für diesen Unwillen noch immer nicht der Rejonanzboden gewesen, den er hätte sein sollen, und über erfolglose Redeschlachten zum Duellunfug ist man in dem „dem deutschen Volke“ errichteten Hause am Königsplatz nicht gekommen. Wir hoffen, daß das gesetzliche Duell, dem der in seiner Ehre schwer gekränkte und um sein Glück betrogene Gatte zum Opfer fiel, dem Reichstage nach den Ferien die Handhabe zu einem Antrage geben wird, der das Duell als das behandelte, was es ist, als eine entehrende Handlung, die mit entsprechend schwerer Strafe belegt wird.“

Ein zweites Bistolenduell hat gestern früh im Grunewald zwischen zwei Rechtsanwälten stattgefunden. Einer der Gegner wohnt in Berlin, der andere in Briesau. Die Veranlassung zu dem Zweikampf ist auf das Verhalten des einen Anwalts gegenüber einer Dame zurückzuführen, die dem anderen sehr nahe steht. Es wurde mit gezogenen Pistolen geschossen. Der Forderer wurde am rechten Arme nicht sehr bedeutend verletzt.

Deutschland.

Berlin, 27. März. Der Reichskanzler Fürst Bismarck wird zur selben Zeit wie Kaiser Wilhelm in Wien anwesend sein, doch ist dieser Thronrede keine politische Bedeutung beizulegen. Es ist daran zu erinnern, daß die Nichte des Fürsten, die Prinzessin Dorothee, die einzige Tochter seines verstorbenen Bruders, des Obersthofmeisters Prinzen Konstantin von Hohenlohe, am 20. Februar ihren Verlobten, den Grafen Namberg, hatte heirathen sollen. In Folge des Tränenfalls wurde: damals die Hochzeit auf Mitte April verschoben, und zu dieser Feier, die sich wegen der Trauer mit Vermeidung aller äußerlichen Festlichkeiten im engsten Familienkreise vollziehen wird, kommt der Reichskanzler nach Wien.

Prinz Heinrich war bei seinem bereits gemeldeten Besuche der aus Afrika in Neapel eingetroffenen Verwandten im Ospital della Eritritia von der Prinzessin begleitet. Die Herrschaften verweilten fast eine Stunde und erkundigten sich durch einen sie als Dolmetscher begleitenden deutschen Arzt bei den einzelnen Verwandten nach deren Verletzungen, nach den Vorgängen in der Schlacht bei Abua und nach den auf dem Rückzuge erlittenen Schicksalen.

Aus Frankfurt a. M. meldet „C. Z. G.“: Nach einer Mitteilung von zuständiger Seite ist die von Wiesbaden aus verbreitete Nachricht von der Einladung der deutschen Bundesfürsten zur Enthüllungsfest des hiesigen Kaiser Wilhelm-Denkmalis unzutreffend. Eine derartige Einladung ist nicht beabsichtigt. Die Stadtverordnetenversammlung hat, wie verlautet, in der letzten nicht öffentlichen Sitzung zur würdigen Gestaltung der Feier anlässlich des Besuchs des Kaisers in Frankfurt einen Kredit von 90 000 Mark bewilligt.

Die Kaiserin-Wittve von Rußland ist gestern Mittag mittels Hofzuges auf dem Vebräer Bahnhof in Sachsenhausen eingetroffen und hat nach einem Aufenthalt von 12 Minuten die Reise nach Pagny fortgesetzt.

Die diesjährigen Kaisermandöver finden am 10., 11. und 12. September statt. An denselben werden sich vier Armeekorps und zwei Kavallerie-Divisionen beteiligen. Am 7. September findet für das 5. Armeekorps die Kaiserparade bei Görlitz statt, für das 6. Armeekorps bei Breslau und für das 12. Armeekorps auf dem Truppenübungsplatz bei Zeitzahn. Von den Paraden aus werden die Truppen zum Theil mit der Bahn an das Mandergelände herangeführt werden, zum Theil werden sie auf Fußmärschen dahin gelangen.

Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung das Gesetz für Eisen-Lothringen für 1896-97 in der Fassung der Beschlüsse des Vandesauschusses angenommen. Einer Vorlage betreffend die Revision der Brennfeuervergütungsätze wurde die Zustimmung ertheilt, sowie von der Vorlage, betreffend die im Jahre 1895 erfolgten Ausprägungen von Reichs-Gold- und Silbermünzen Kenntnis genommen. Der Beschluß des Reichstags zu einer Petition wegen Bornahe periodischer Erhebungen über die gesamten Arbeiterverhältnisse in den Betrieben des Reichs zc. wurde dem Reichskanzler überwiesen. Außerdem wurde über die Se. Majestät dem Kaiser zu machenden Vorschläge wegen Besetzung der Stellen eines Staatspräsidenten und eines Reichs beim Reichsgericht sowie über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

Die Abg. Groth, Hausmann, Adelle und Seyffardt (Magdeburg) haben folgenden Antrag zu der zweiten Verathung des Gesekentwurfs betreffend das Dienstentkommen der Lehrer und Lehrkräften an den öffentlichen Volksschulen im Abgeordnetenhaus gestellt: Im § 25 II den ersten Absatz wie folgt zu fassen: Der Staatsbeitrag wird für 25 Schulstellen einer politischen Gemeinde gewährt. Sind in einer politischen Gemeinde mehr als 25 Schulstellen vorhanden,

so wird der Staatsbeitrag außerdem für die Hälfte der überschüssenden Schulstellen gewährt. Ist die Zahl dieser Stellen nicht durch zwei theilbar, so ist der Bruchtheil für voll zu nehmen. Die bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes vorhandenen Schulstellen bilden die Grenze des zu leistenden Staatsbeitrages, so daß für später errichtete Stellen ein Staatszuschuß nicht gewährt wird, jedoch mit Ausnahme derjenigen Schulgemeinden, in denen die Zahl von 25 Schulstellen noch nicht vorhanden ist. In solche Schulgemeinden wird der Staatsbeitrag auch für später errichtete Schulstellen bis zur Zahl 25 gewährt.

Die Reichstagsmehrheit hat schon in der Kommission auf die Abschaffung des Zeugniszwanges bei Preisvergehen Verzicht geleistet. Das weiß man schon seit geraumer Zeit, „aber“, bemerkt die „Nat. Lib. Corr.“ mit Recht, „in der Zentrumspreffe wie in der demokratischen herrscht Schweigen oder lüde Resignation. Und doch hätten diese Blätter da ein Thema, das sie bei der schönen, von Schreiberlich fortlaufenden Frühlingszeit ohne alle geistige Anstrengung behandeln könnten. Sie brauchen nur ihre älteren Jahrgänge dem Faktor mit der Weisung zu übergeben, nochmals abzufragen, was sie Jahre, Jahrzehnte hindurch über die Beibehaltung des Zeugniszwanges im Jahre 1876 geschrieben haben. Da würden dann andern Tages die Leser finden, daß feige Mannesgeelen eines der heiligsten Volksrechte schände preisgegeben, ein Attentat auf die Freiheit verübt, den Regierungen ein Zeichen unwürdiger Schwäche gegeben haben. Auch auf manchen guten Witz würden sie stoßen über schwankende Gestalten, Wackelmänner, über Leute, die mit Gracie über den Stock zu springen verstehen, und dergleichen un-müthige Bilder mehr. Nur würde da, wo sonst der Name „national-liberal“ stand, heute Zentrums und Freisinn zu lesen sein, das letztere deshalb, weil die freisinnige Presse durch ihre, von dem Herrn der fiesigen Jahre so sonderbar absteckende Ruhe der Preisgebung der Volksrechte Vorjudub leistet. Es fällt ihr gar nicht ein, das „Land aufzurütteln“. Auffälliger hat sich das Sprichwort „Wenn zwei daselbe thun, ist's nicht mehr daselbe“ noch nicht bewährt. Allerdings, ganz dasselbe ist es auch nicht. Die National-Liberalen haben im Jahre 1876 viel ernstere Anstrengungen gemacht, den Zeugniszwang zu beistimmen, als jetzt das Zentrum gethan, und es stand diesmal nicht die Rechtseinheit auf dem Spiele, wie vor zwanzig Jahren, wo zu befürchten war, daß das, was man von der Minute ausgeschrieben, keine Ewigkeit zurückbrächte.“

„Im Hinblick auf die vorgeordnete Fastenzeit“ darf in Neubrandenburg nicht gegen das Jumenthurn geredet werden. Die Sache ist „historisch“. Der „Volkszeitung“ wird aus Neubrandenburg geschrieben:

Am Sonntag, 29. März, sollte hier Herr C. Goldschmidt, Redakteur und Stadtverordneter aus Berlin, sprechen, und zwar über das Thema: „Der Geist des Jumenthurns in der Gesetzgebung und die neuen Vorträge des Reichstages, mit besonderer Berücksichtigung der Jumenthurn-Vorlage.“ Es war zu diesem Zwecke am 21. März an die Landesregierung das Gesuch um die nöthige Erlaubnis zu diesem Vortrage gerichtet worden, was in Mecklenburg nothwendig ist. Dem Antragsteller wurde jedoch durch den Polizeimeister im Auftrage des Polizeikommissars mitgetheilt, daß er abschlägig zu befehlen sei. Der betreffende Bescheid lautet:

„Br. m. e. orig. s. l. r. an das Polizeikommissariat in Neubrandenburg, um den Antragsteller im Hinblick auf die vorgeordnete Fastenzeit abschlägig zu befehlen.“

Neufreis, 24. März 1896. Großherzogliche Landesregierung. F. v. Dewitz. M. Selmer. G. v. Bücher.“

In verschiedenen Zeitungen ist davon die Rede, daß die königlich bairische Regierung neuerdings zu dem Entwurf eines Vorfengesetzes eine ablehnende Haltung eingenommen habe. Es ergiebt sich von selbst, daß diese Nachricht nicht zutrifft. Nachdem der Bundesrath der im Reichstag eingebrachten Vorlage seine Zustimmung ertheilt hatte, kann es sich gegenwärtig nur darum handeln, die Bestimmungen dieses Entwurfs im Reichstage zu vertreten. Eine Stellungnahme zu dem Entwurf, wie er durch die Beschlüsse des Reichstages sich gestalten wird, erfolgt erst in den weiteren Stadien der Verathung und hat auch seitens der königlich bairischen Regierung bisher nicht stattgefunden.

Im Jahre 1895 sind auf den deutschen Münzstätten 5 361 226 Stück Doppelmünzen und 28 941 Stück Kronen im Werthe von 107 514 010 Mark geprägt worden. Das wirkliche Gewicht dieser Goldmünzen betrug 85 634,627 Pfund gegenüber dem gesetzlichen Sollgewicht von 85 634,416 Pfund. An Reichsilbermünzen sind geprägt 1 460 357 Pfundmarkstücke und 185 322 Zweimarkstücke im Werthe von 6 772 429 Mark. Das wirkliche Gewicht dieser Silbermünzen betrug 85 250,575 Pfund gegenüber einem gesetzlichen Sollgewicht von 85 249,213 Pfund.

Ein gerade in Berlin anwesender, in Lanna amfänger Deutscher macht den „Berl. Post. Nachr.“ folgende Mittheilung: Die deutsche Presse verbreitet eine gegen Dr. Peters gerichtete graufame Schilderung der obersten Lannaänder von einem Dänen Scavenius herrührend. Wenn alle gegen Dr. Peters gerichteten Angriffe so ungerechtfertigt sind wie dieser, so dürfte Dr. Peters auch der gegen ihn eingeleiteten Untersuchung glänzend hervorgehen. Unser Landsmann kennt Herrn Scavenius, der mit der verunglückten Freiland-Expedition nach Ostafrika kam, persönlich und weiß auch mit seiner „Expedition“ Bescheid. Herr Scavenius durfte Herrn G. Dehnard den Tana aufwärts begleiten, um einen Kranken der Freiland-Expedition, der in der deutschen Missionstation Agao lag. Die Expedition dauerte hin und zurück vier Tage! Agao ist der Ort, wo Dr. Peters seinen Emin-Bascha-Zug begann! 200 Kilometer aufwärts den Tana, wie er behauptet, ist Herr Scavenius nicht gekommen, er kam nicht über die von Europäern ständig besetzte Gegend hinaus. Einen Ort Obangi, wo er gewesen sein will, giebt es nicht, vielleicht ist die englische Missionstation Burra-bin, zwei Stunden von Agao, gemeint. In diesen Gegenden verbrannte Dörfer, Skelette und dergleichen zu finden, dazu gehört ausgiebige Phantasie. Wie unwahr die ganze Erzählung

des biedereren Dänen ist, geht daraus hervor, daß er behauptet, 1894 der erste Weiße gewesen zu sein, der nach Peters 200 Kilometer den Tana aufwärts kam. In der Zwischenzeit fuhr u. a. ein englischer Dampfer hinauf, und als später G. Dehnard 40 Tagemärche den Tana hinaufging, fand er überall freundliche Aufnahme als alter deutscher Bekannter. Nirgends hörte er Klagen über die Expedition des Dr. Peters, dagegen lebhafteste Beweise über die Engländer, welche den Dampfer „Kimba“ nach Koroforo brachten.

Wiesbaden, 26. März. Fürst Bismarck, bei dem der Regierungspräsident von Tepper-Laski eine Audienz für das hiesige Bismarck-Denkmal-Komitee nachsuchte, hat sich bereit erklärt, in der zweiten Hälfte des April eine Abordnung des Komitees in Friedrichsruh zu empfangen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 26. März. In Abgeordnetenhaus kam es bei der Verhandlung über die Gültigkeitserklärung der Wahl des Abg. Vladimir Demel, der in Troppan mit 15 Stimmen Mehrheit gewählt wurde, zu lärmenden, wüsten Szenen. Die Antifemiten bekämpften lebhaft die Gültigkeit der Wahl, weil angeblich Bestechungen vorgekommen seien. Wrabek vernies auf die Vorgänge bei den Wiener Wahlen und sagte, in Frauerverfassungen seien Frauen aufgeführt worden, ihre Männer zu betrügen und Beiträge für den antimännlichen Wahlfonds beizusteuern. Die Antifemiten unterbrachen den Redner stürmisch. Schneider rief ihm zu: „Ist eine infame Lüge.“ Nach Schluß der Debatte erklärte Schneider in Form einer thätfächlichen Verichtigung Wrabek für einen „ehelosen Lügner.“ (Anbauernde Entrüstung.) Präsident: „Ich rufe Sie wegen dieser unerhörten Aeußerung zur Ordnung!“ Schneider brachte dann gegen Wrabek weitere Beschimpfungen vor, die im großen Lärm unverständlich blieben; man hörte nur die Worte wie: Frechheit! So ein Lügner! Abg. Leonhard Demel ruft Schneider zu: Stampfplattensüßler! Schneider schreit mit einem dicken Buch in der Hand auf Leonhard Demel zu und ruft: „So ein Lügner! Ich hau ihnen das Buch um den Schädel!“ (Großer Tumult.) Präsident erregt: „Ich erüthe inständig, einen solchen unerhörten Ton zu unterlassen; es ist eine Schmach für unser Parlament! Es ist unglücklich, daß solche Worte hier gebraucht werden!“ (Beifallsturm.) Schneider: „Ich wiederhole sie benutzt!“ Wrabek sagte, die Geschäftsordnung gestatte ihm zwar die Einberufung eines Mißbilligungsausschusses gegen Schneider, er habe aber nach den Worten des Präsidenten kein Verlangen danach. Schneider könne ihn nicht mehr beleidigen, er überlasse die Angelegenheit der Beurteilung jedes gebildeten Menschen. Schneider: Wrabek kann einen unabhängigen Menschen überhaupt nicht beleidigen. — Präsident ertheilte Schneider noch einen Ordnungsruf. Bei der Abstimmung wird die Wahl Demels mit 142 gegen 70 Stimmen für gültig erklärt.

Krafsau, 26. März. Der christlich soziale Agitator Pater Stojalowski, der, statt die von dem Tschener Gerichte über ihn verhängte Arreststrafe anzutreten, gestern hier eine Arbeiter-versammlung einberufen hatte, wurde bei deren Beginn verhaftet.

Belgien.

Brüssel, 26. März. Der Senat nahm mit 56 gegen 18 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen das Gesetz betreffend die Fabrikation und die Einfuhr von Alkohol an.

Frankreich.

Paris, 26. März. Deputirtenkammer. Bei der fortgesetzten Verathung über den Einkommensteuer-Gesekentwurf rethfertigt der Präsident der Budgetkommission, Cochery, das Verhalten der Kommission, welche den Entwurf ablehnen mußte; zum Schluß weist Cochery die Unzutrefflichkeiten des Regierungsentwurfs nach. Hiermit ist die allgemeine Verathung geschlossen.

Paris, 26. März. Deputirtenkammer. Fortsetzung. Guillemet vertheidigt die Gegenvorlage, indem er eine Reform des Steuer-systems fordert, aber die hauptsächlichsten Bestimmungen des Regierungsentwurfs ablehnt und die Regierung und die Kommission auffordert, seine Gesekentwurf über die Einkommensteuer zu studieren. Der Ministerpräsident Bourgeois bekämpft den Gegenentwurf, der ein Zugeständnis der Ohnmacht der Regierung wäre und der eine Rentensteuer nach sich ziehen würde, welche die Regierung als einen thätfächlichen Bankrott ablehne. „Dalten wir“, so schließt Bourgeois, „unsern Entwurf in seinen Grundzügen aufrecht, aber stimmen wir zu, Einzelheiten der Amendmenten abzuändern.“ Redner stellt alsdann die Vertrauensfrage. Der Gegenentwurf Guillemet wurde mit 288 gegen 272 Stimmen abgelehnt.

Italien.

Rom, 26. März. Gegenüber dem Redakteur der „Stalie“ wiederholt General Elena seine bereits gemeldeten belästigenden Aussagen. Variatieri sei in Folge seines fortgesetzten ausschweifenden Lebenswandels schon vor der Schlacht ein körperlich und geistig gebrochener Mann gewesen. Ueber den Tod des Generals Arimondi bemerkt Elena, jener habe, vom Feinde umringt, Selbstmord begangen.

Die „Tribuna“ ist vom früheren Ministerium zur entschiedenen Erklärung autorisirt, daß entgegen der gestrigen Behauptung des neuen Ministeriums in den Archiven der Konsulta kein einziges Dokument fehlt.

England.

London, 26. März. Der diesseitige Botschafter Sir O'Connor reist morgen nach Petersburg ab. Dem „Neuerischen Bureau“ wird aus Konstantinopel gemeldet, daß zwischen Lord Salisbury und dem türkischen Botschafter in London ein freundschaftlicher Meinungsaustrausch über

die egyptische Frage stattgefunden habe. Di Beziehungen zwischen beiden Ländern seien fort dauernd durchaus herzlich.

Rußland.

Petersburg, 26. März. Der Nuntius, welcher den Papst bei den Krönungsfeierlichkeiten vertreten soll, wird am 27. Mai in Moskau eintreffen.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 26. März. Die erste Kammer bewilligte heute 11 780 000 Kronen zur außerordentlichen Vergrößerung der Flotte; die zweite Kammer hat diese Bewilligung auf 5 Millionen Kronen herabgesetzt.

Serbien.

Belgrad, 26. März. Heute und morgen finden Ministerkationen statt, worauf sich die Minister nach Niß begeben werden, wo der Reise des Königs nach Athen, die am Mittwoch festgesetzt ist, ein Ministerkath unter dem Vorstehe des Königs stattfindet. Während der Abwesenheit des Königs wird der Ministerkath mit der Regierung betraut werden. Königin Natalie wird sich über Paris nach Biarritz begeben.

Bulgarien.

Gestern Donnerstag hat Fürst Ferdinand von Bulgarien seine Reise nach Konstantinopel und Petersburg angetreten. Außerlich geschieht die Fahrt nach der türkischen Hauptstadt unter glänzenderen Umständen als die von 1893, welche er in Stambulows Gesellschaft machte, denn Ferdinand ist heute Fürst und frei von der Verbannung durch eine überlegene Persönlichkeit. Thätfächlich aber war der als Fürst von Bulgarien nicht anerkannte Prinz Ferdinand vor etwa drei Jahren in günstigerer Lage; er oder vielmehr Stambulow war es damals, welcher der Fürte Zugeständnisse in Mazedonien ab-nöthigen konnte, da diese Bulgarien als Außen-gegen Rußland wohl zu schätzen wußte. Heute kommt Fürst Ferdinand, um dem Sultan für Nordbulgarien als Basall, für Ostrumelien als türkischer Beamter zu hulbigen; ein Südbulgarin giebt es heute nicht mehr. Die Lage ist auf das Jahr 1886 zurückgeschraubt. Außerlich wird der bulgarische Fürst und ostrumelische Gouverneur in Konstantinopel gewiß mit den höchsten Ehren, die einem Basallen bezeigt werden können, aufgenommen, allein daß man ihn eben doch nur als Basallen und Beamten der Pforte gelten lassen wird, möchte man daraus schließen, daß jetzt eben in Mazedonien wieder die bulgarische Strömung rückwärts gestaut wird, während Serben, Griechen und Kusowallachen Zugeständnisse (Widofstige, Schulen u. dergl.) erhalten. Der Fürst ist in Mazedonien als viel-pragendes und national möglichst vertheiltes Land ja weit angenehmer, als wenn dort eine Nationalität die Oberhand hätte. Bulgariens ist zudem die Pforte jetzt unter russischer Garantie ja sicher, und es ist nicht wohl anzunehmen, daß dem Gouverneur von Ostrumelien zu Gunsten des Fürsten von Gembulgarien Zugeständnisse gemacht werden, wenn dies nicht ausdrücklich von Rußland gefordert wird. In Bulgarien herrscht Ungeheiß der Reise denn auch eine recht gebrierte Stimmung und man beginnt zu ahnen, daß, was Prinz Ferdinand gewonnen, noch nicht ohne Weiteres dem gesamten Bulgarien zu Gute kommt. Eigentümlich ist es auch, daß der Fürst schon demnach, Anfangs April, von Konstantinopel nach Petersburg gehen wird. Das steht fast danach aus, als ob er bei der Krönungsfeier in Moskau fehlen würde. Man scheint in Petersburg den Eindruck zu haben, daß man zunächst genug für ihn gethan. Ist dies der Fall, so wird er Konstantinopel, wo man ja gegenwärtig mit Petersburg gute Fühlung hat, schwerlich in sehr gehobener Stimmung verlassen.

Afrika.

Kapstadt, 26. März. (Meldung des „Neuerischen Bureau“.) In zwei Distrikten des Matabeland-Bandes, Injeza und Filabusi, ist ein Aufstand ausgebrochen. Eine Anzahl Weiße ist getödtet, unter ihnen der Kommissar für die Angelegenheiten der Eingeborenen, Bentley; die Weißen flüchteten sich nach Bulwain und Onelo. 75 Freiwillige mit einem Warum-Geschütz sind gegen die Aufständischen ausgesogen.

Amerika.

Washington, 26. März. Die gesekichte Kommission nahm den Beschlußantrag des Senats hinsichtlich Kubas an und nicht denjenigen des Re-präsentantenhauses an.

Moderne Bildung.

Unter der Aufschrift „Moderne Bildung und moderne Kasten“ macht die „Kön. Volks-Ztg.“ die nachstehenden, zum großen Theil treffenden Bemerkungen: „Jedes Zeitalter hat seine Ideale. In den zwanziger Jahren liebte die Jugend das Schwärmerische und Sentimentale. Die Studenten trugen lange Haare, wobei Koden besonders bevorzugt waren, schwärmten für politische Freiheit wie „Wackische“ für Torte und Schlag-sahne, außerdem registrierte man gern überwengliche Gedichte und verlesnte sich in Werthers Leiden. Saloppe Kleidung galt damals als besonders „hic“; der äußerliche Mensch wurde überhaupt sehr tiefmütterlich behandelt und die Pflege desselben geradau verachtet. Das heutige Ideal ist die „Schneidigkeit“. Mander Student jur. strebt nicht so sehr nach einer gründlichen Kenntnis des corpus juris als nach dem Reuevoffizier-patent, und mutatis mutandis sieht es in den andern Fakultäten ähnlich aus. Der heutige „bornehme“ Student pflegt nicht bloß unter den Schneibern, sondern auch bei den Freisuren seine Gläubiger zu haben; man wird ihn Morgens auf seinem Zimmer nicht mehr mit der Peise und im Schlafrock antreffen, wie er etwa Verie auf die „Freiheit“ schmiedet, sondern man kann ihn seine „Schmisse“ verbinden und ihn mit der Barbibinde herumlaufen sehen, damit den Tag über das Schnurrbartchen „schneidig“ figt. Das Faustsche Wort: „... und sehe, daß wir nichts wissen können“, hat er beherzigt; ja, er ist in diesem Punkte gewissermaßen „blaftri“ geworden, so daß ihm wissenschaftliche Diskussionen als „Fachsimele!“ nur wenig imponiren können, da-

